

Schweiz

Bundesratswahl

Männerzone Bundesrat

Nach der Nichtwahl von Isabelle Moret drängen Parlamentarierinnen auf eine Verfassungsänderung. Frauen sollen angemessen in der Regierung vertreten sein.

Philipp Loser und Raphaela Birrer
Bern

In den Tiefen des Internetauftritts der eidgenössischen Verwaltung gibt es eine Sektion mit dem Titel: «Frauen im Bundesrat seit 1984». Wenn man die Website geschickt auf dem Bildschirm justiert, muss man nicht einmal scrollen, um alle Bundesrätinnen im Blick zu haben.

Es sind sieben. Eine von ihnen musste zurücktreten, eine andere wurde abgewählt, eine dritte Verräterin geschimpft. Bleiben vier.

Männer im Bundesrat gab es 109, seit diesem Mittwoch 110. «Es ist ein Trauerspiel», sagt Maya Graf, Nationalrätin der Grünen und Co-Präsidentin der Frauendachorganisation Alliance F, «bei Frauen gibt es immer tausend Gründe, sie nicht zu wählen.» Graf hat bereits im März eine parlamentarische Initiative eingereicht, um die Vertretung der Frauen im höchsten politischen Amt der Schweiz per Verfassung zu regeln. Heute heisst es dort, dass die Landesgegenden und Sprachregionen im Bundesrat «angemessen vertreten» sein müssen. Graf möchte diesen Absatz mit einem Wort ergänzen: Auch die Geschlechter sollen künftig angemessen im Bundesrat vertreten sein.

«Eine Demütigung»

Seit 1989 gab es unzählige Vorstösse, die Ähnliches verlangten. Sie blieben alle chancenlos. Bei der Initiative von Graf scheint das zumindest auf den ersten Blick anders zu sein. Die Art und Weise, wie Isabelle Moret diesen Mittwoch in der Bundesversammlung scheiterte, hat viele wütend gemacht. «Nach so einem Debakel scheint es mir tatsächlich sehr angemessen, wenn die Geschlechter künftig angemessen im Bundesrat vertreten sind», sagt Doris Fiala, Präsidentin der FDP-Frauen. Für Rosmarie Quaranti, Fraktionschefin der BDP, ist es einfach nur tragisch, dass es am Schluss eine gesetzliche Regelung brauche, «bis diese Männerwelt hier drin endlich begreift, dass gemischte Gremien viel erfolgreicher sind». Sie unterstützt den Vorstoss von Graf; CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer ebenso.

«Was wir diese Woche erlebt haben, war eine Demütigung für alle Frauen», sagt Regula Rytz, Präsidentin der Grünen. 52 Prozent der Schweizer Bevölkerung seien Frauen - und doch passiere weder in der Politik noch in der Wirt-



Die Ausnahme: Von 2010 bis 2011 hatten die Frauen die Mehrheit im Bundesrat. Foto: Monika Flückiger (Bundeskanzlei)

schaft irgendetwas, um den historischen Rückstand der Frauen in der Gesellschaft aufzuholen. «Wir werden systematisch an den Rand gedrängt.»

Die parlamentarische Initiative von Graf wird im ersten Quartal 2018 behandelt. Sollte die Verfassungsänderung vom Parlament angenommen werden, kommt es zur Volksabstimmung. Parteien von links bis rechts müssten sich zur Frage positionieren, die Debatte würde noch öffentlicher geführt. Das soll auf jeden Fall geschehen, finden Rytz und Graf. «Wenn mein Vorstoss im Parlament nicht durchkommt, braucht es eine Volksinitiative», sagt Graf. Die Bevölkerung müsse dann regeln, was die Politik offensichtlich nicht könne.

Vor einer solchen Volksabstimmung fürchten sich Parlamentarierinnen wie etwa Christa Markwalder, Nationalrätin der FDP. «Man stelle sich nur vor, wenn diese Vorlage hochkant abgelehnt

würde.» Für Graf ist das kein Argument. Die Vertretung von Frauen habe gerade in der Regierung eine höchst symbolische Komponente. «Wenn wir es im Bundesrat nicht schaffen, wie sollen wir es dann überall sonst schaffen?»

SP erwägt Quote

Auch GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy sagt, wenn es keine angemessene Frauenvertretung im Bundesrat gebe, müsse die Frage vors Volk. «Es würde mich aber beelenden, wenn wir in der heutigen Zeit noch eine Initiative lancieren müssten für ein solch selbstverständliches Anliegen.» Die Co-Präsidentin von Alliance F plädiert deshalb dafür, zuerst eine breite öffentliche Debatte zu führen, denn letztlich müsse ein Umdenken stattfinden. Sie sieht vorab die Männer in der Pflicht. «Sie müssen ihre Verunsicherung überwinden, dass Frauen mitregieren wollen.»

Über eine viel drastischere Quote befindet bald die SP Schweiz. Die SP-Frauen haben ein Positionspapier verabschiedet, in dem sie eine Quote für alle politischen Organe der Schweiz fordern. 40 Prozent Frauen in Ständerat, Nationalrat, Bundesrat, Bundesgericht und Verwaltung. «Parlamente werden von älteren Herren dominiert», heisst es im Papier, «es ist an uns allen, Frauen für Politik zu sensibilisieren und zu motivieren.» Das Papier wird an der nächsten Delegiertenversammlung behandelt, es hat gute Chancen, offizielle Parteihaltung zu werden. Für SP-Männer wird es schwierig, sich dageganzustellen; schwieriger, als in einer geheimen Wahl den 110. Mann in die Regierung zu wählen.



Interview Warum es Isabelle Moret nicht schafft

frauen.tagesanzeiger.ch

Die Freiheit des Andersdenkenden

Ignazio Cassis beruft sich auf eine Kommunistin? Nein, er hat bloss Rosa Luxemburgs berühmtesten Satz aus dem Zusammenhang gerissen.

Martin Ebel

Freiheit sei immer die Freiheit des Andersdenkenden, hat der neue Bundesrat Ignazio Cassis in seiner Antrittsrede gesagt. Sofort hob ein Raunen an: Der Satz stammt von Rosa Luxemburg (1871-1919), Mitgründerin der Deutschen Kommunistischen Partei. Ein Nonkonformist im Bundesrat, der der SVP, mit deren Stimmen er ins Amt kam, zeigt, wie weit sein politischer Horizont ist?

Wohl kaum. Eher zu vermuten ist, dass der FDP-Politiker den Satz einem Zitatebüchlein entnommen hat. Dort hätte er vermutlich auch andere Sprüche über Freiheit, Toleranz und Zuhörenkönnen finden können; von Sokrates über Kant bis Gadamer («Ein Gespräch setzt voraus, dass der andere recht haben könnte») sind sich die Grossen der Philosophiegeschichte da einig. Der Lu-

xemburg-Satz ist längst ein Versatzstück politischer Rhetorik, von Vertretern jeder Richtung benutzt, als interessantes unideologisches Gewürz.

Es ist meist das Einzige, was die Zitierenden von Rosa Luxemburg kennen. Der Zusammenhang allerdings müsste stutzig machen. Der berühmte Satz stammt aus dem Aufsatz «Zur russischen Revolution» von 1918, veröffentlicht wurde er aber erst 1922, drei Jahre nach ihrem Tod. Rosa Luxemburg schrieb ihn im Gefängnis, wo sie wegen ihrer Antikriegsaktivitäten sass. Sie begrüsst in dem Text ausdrücklich die «Tatkraft» der bolschewistischen Revolution, kritisiert aber auch einige Massnahmen. Sehr wohl müsse man die Bourgeoisie mit allen Mitteln entmachten, aber die

«Massen» weiter einbeziehen (Lenin hatte das Parlament aufgelöst).

Weg ins Ungewisse

Sie schreibt: «Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei - mögen sie noch so zahlreich sein - ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der «Gerechtigkeit», sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die «Freiheit» zum Privilegium wird.»

Die «Diktatur des Proletariats», die sie ausdrücklich begrüsst, dürfe nicht von «einer Handvoll Politikern» ausgeübt werden, sondern von Institutionen, die ihrerseits unter der «lebendigen Einwirkung der Massen» stünden. Diese lernten durch politische Erfahrungen, wie die Revolution überhaupt ein Prozess sei, ein Weg ins Ungewisse, bei dem man sich ständig korrigieren müsse.

Die Gefahr doktrinäer Erstarrung und institutionalisierten Terrors sah sie durchaus (ihre Kritik an Lenin wurde im Staatskommunismus der Sowjetunion und der DDR totgeschwiegen). Aber ihre

Toleranz hatte Grenzen; für die Bourgeoisie galt sie nicht. Die «Andersdenkenden», für deren Freiheit sie plädierte, sah Rosa Luxemburg allein in der Arbeiterklasse. Ihre Vorstellungen, wie die «Volksmassen» in den politischen Prozess einzubeziehen seien, «in breiter Öffentlichkeit», waren vage. Präzisieren und an der Realität messen konnte sie sie nicht mehr. Wenige Tage nach der Parteigründung wurde sie von Freikorpsleuten verschleppt, gefoltert und erschossen. Sie wurde zur Märtyrerin der sozialistischen Bewegung; ihr Todestag, der 15. Januar, wird seither von doktrinären wie alternativen Linken feierlich begangen.

Zürcher Jahre

Von 1889 bis 1898 hat Rosa Luxemburg, die Jüdin aus Russisch-Polen, in Zürich gelebt, als eine der ersten Studentinnen der Universität. Sie belegte Zoologie, Jus und Volkswirtschaftslehre und promovierte 1897 über «Die industrielle Entwicklung Polens». Durch eine Scheinehe erlangte sie den deutschen Pass und ging nach Berlin, wo sie der SPD beitrug und gegen die «Revisionisten» kämpfte. Ob Ignazio Cassis all das bewusst ist?



Rosa Luxemburg
1871 bis 1919

Sympathien für «No Billag»

Laut einer Umfrage des Verbands Schweizer Medien ist fast jeder zweite Befragte für die Initiative.

Die Bevölkerung wünscht sich eine tiefere Billag-Gebühr, steht aber hinter dem Kernauftrag der SRG. Dies ist das Resultat einer Umfrage, die der Verband Schweizer Medien beim Meinungsforschungsinstitut Demoscope zur No-Billag-Initiative in Auftrag gegeben hatte. Diese kommt nächstes Jahr zur Abstimmung. Es handelt sich um eine repräsentative Umfrage, die in der ersten Septemberhälfte bei 1000 Personen durchgeführt wurde.

47 Prozent der Befragten gaben an, sie seien für eine Annahme der No-Billag-Initiative. 37 Prozent sind dagegen, 16 Prozent unentschieden. Die Frage lautete: «Wenn am nächsten Wochenende über die No-Billag-Initiative abgestimmt würde, würden Sie diese dann annehmen oder ablehnen?»

27 Prozent der Befürworter erhoffen sich, Geld sparen zu können, weitere 19 Prozent finden die Gebühr zu hoch. 14 Prozent geben als Grund für ihre Zustimmung an, sie seien mit dem Programm unzufrieden. Die Schmerzgrenze bei der Höhe der Gebühr scheint bei 400 Franken pro Jahr zu liegen, wobei eine Gebühr von 200 Franken pro Jahr die höchste Zustimmung hat.

Service public nicht gefährden

Diejenigen, welche die No-Billag-Initiative ablehnen, tun dies laut der Umfrage vor allem deshalb, weil sie den Status quo beibehalten wollen (29 Prozent), um den Service public zu erhalten (24 Prozent) und um keine Qualitätseinbusse bei der SRG zu riskieren (21 Prozent). Unter Service public verstehen die Befragten in erster Linie Nachrichten, Bildungs- und Wissenssendungen, Sendungen in allen Landessprachen sowie Kultur und Sport.

Der Verband Schweizer Medien heisst sich durch die Umfrageresultate bestätigt, wie er gestern in einem Communiqué schrieb. Das Angebot der SRG sei dort sinnvoll und nützlich, wo es die privaten Medien ergänze. Am kommenden Montag debattiert der Nationalrat weiter über die No-Billag-Initiative. Weil sich so viele Redner für den ersten Teil der Debatte am 13. September angemeldet hatten, musste die Abstimmung verschoben werden. (SDA/TA)

Nachrichten

Koran-Verteilung

Nationalrat will Organisation «Lies!» verbieten

Mit 109 zu 64 Stimmen bei 9 Enthaltungen hat der Nationalrat gestern eine Motion des Solothurner SVP-Nationalrats Walter Wobmann angenommen. Die Koran-Verteilaktionen in Schweizer Städten dienen dazu, junge Leute zu umwerben und für den Jihad zu gewinnen, sagte Wobmann. Der Bundesrat teilt diese Einschätzung zwar, stellte sich aber dennoch gegen die Motion. Verteidigungsminister Guy Parmelin erklärte das damit, dass die gesetzlichen Grundlagen für ein Organisationsverbot ungenügend seien. Der Bundesrat hatte schon in seiner schriftlichen Antwort auf den Vorstoss angekündigt, er wolle den Artikel im Nachrichtendienstgesetz rasch ändern. (SDA)

Motion abgelehnt

Armee waffe soll weiterhin im Besenschrank bleiben

Der Nationalrat hat eine Motion von Chantal Galladé (SP, ZH) mit 120 zu 59 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die Motionärin argumentierte, die Armee waffe habe nichts im Besenschrank verloren. Immer wieder würden Menschen damit bedroht und getötet. Die Verfügbarkeit von Waffen spiele auch bei Suiziden eine Rolle. Der Bundesrat beantragte dem Rat, den Vorstoss abzulehnen. Die Heimabgabe und Aufbewahrung der persönlichen Waffe zu Hause entspreche einem militärischen Bedarf, argumentierte Verteidigungsminister Guy Parmelin. Sie sei für eine rasche Bereitschaft nötig. (SDA)